

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zl., monatlich 4,80 Zl. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Zl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,08 Zl., monatlich 5,36 Zl. Unter Streifenband in Polen monatlich 7 Zl. Danzig 8 Gld. Deutschland 2,50 M. — Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelleiste 30 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 250 Groschen, Danzig 20 bz. 150 Dg. Zl. Deutschland 20 bzw. 150 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Vorkauf und schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Volksheldentexten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 220.

Bromberg, Dienstag den 27. September 1927.

51. Jahrg.

Abrüstungsrede.

Am Sonnabend nachmittag bestieg der deutsche Reichsaussenminister Dr. Stresemann die Rednertribüne der Vollversammlung des Völkerbundes und führte u. a. folgendes aus:

„Als ich die Ehre hatte, vor dieser Versammlung in den ersten Tagen unserer diesjährigen Session zu sprechen, habe ich in meinen Ausführungen auf die außerordentliche Bedeutung hingewiesen, die dem Problem der Abrüstung zukommt. In Übereinstimmung mit anderen Rednern dieser hohen Versammlung bin ich der Auffassung, daß in dieser Frage eines der Kernprobleme des Völkerbundes liegt. In sachlichen, mächtigen Worten ist der Welt verkündet worden, daß der durch den Weltkrieg herbeigeführten erzwungenen Abrüstung derjenigen Staaten, die sich den Friedensbedingungen ihrer Gegner unterwarfen, die freiwillige Beschränkung der Rüstungen anderer Völker folgen würde, um die Völker von dem Alpdruck des Hasses und des Mißtrauens zu befreien und eine Entwicklung anzubahnen, die in friedlichem Wettbewerb die höchste Entwicklung der menschlichen Leistungen gewährleistet. Der Völkerbund wird in der Weltöffentlichkeit danach beurteilt werden, wie er sich mit diesem Problem auseinandersetzt und wie er Worte, die eine Erlösung bedeuten sollten, in die Tat umzusetzen vermag.“

Von Deutschland ist stets mit Nachdruck die Auffassung vertreten worden, daß es nicht angängig sei, den Beginn der allgemeinen Abrüstungsaktion noch von der Schaffung neuer Gegebenheiten abhängig zu machen. Das war der ganz eindeutige Standpunkt, auf den sich die Versammlung in ihrer vorjährigen Resolution gestellt hat. Demgegenüber schienen sich neuerdings die Ansichten geltend zu machen, daß neue Garantien auf dem Gebiete der Sicherheit die Voraussetzung für den Beginn der Abrüstung bilden müßten. So ist es erklärlich, daß in der Öffentlichkeit vielfach der Eindruck entstand, als ob der Völkerbund durch das Entwaffnungsproblem in eine gefährliche Sackgasse geraten sei. Ich begrüße es deshalb, daß es seitdem in schwieriger Verhandlungen gelungen ist, den Weg zu praktischer Arbeit festzulegen.

Es ist selbstverständlich, daß Deutschland den Wunsch und Willen hat, bei den in Aussicht genommenen Arbeiten tatkräftig mitzuwirken. Die Gedanken, die in den Verträgen von Locarno für den Westen und den Osten verankert worden sind, werden sich in gleicher oder ähnlicher Gestalt unter Anpassung an die jeweiligen Verhältnisse auch für die Verhältnisse in anderen Gebieten verwerten lassen. Die Verhandlungen in den verschiedenen Kommissionen haben aufs neue gezeigt, welche bedeutsame Rolle hierbei der Entwicklung des Schiedsgerichtsgebanten zufallen wird. Möge der Name Locarno zu einem Symbol für die Sicherheit benachbarter Völker, für den Gedanken friedlicher Verständigung und den Gedanken des Vertrauens unter den Nationen werden.

So weitreichend aber auch die Möglichkeiten sind, die in dieser Richtung vor uns liegen, so dürfen sie keinesfalls unseren Blick von der nächsten Aufgabe ablenken, die vom Völkerbund erfüllt werden muß. Diese Aufgabe wird uns in der Resolution zu meiner Genugtuung mit voller Klarheit vor Augen geführt, wie immer sich auch die Arbeiten auf dem Gebiete der Sicherheit in ihrem Verlauf gestalten mögen. Die Resolution stellt fest, daß die erste Entwaffnungskonferenz einzuuberufen ist, sobald die noch notwendigen Vorarbeiten rein technischer Art zum Abschluß gebracht worden sind. Wenn, wie ich nicht bezweifle, der Text von der Versammlung zu fassende Beschluß seinem Inhalt und Geist getreu durchgeführt wird, so wird damit eine wichtige Etappe auf dem Wege zu unserem Ziele erreicht sein.

Rüstungen können und dürfen nicht die Grundlage der Sicherheit sein. Sie sind nicht einmal mehr der sicherste Schutz, und sie haben überdies unvermeidlich die Wirkung, den Nachbarn zu bedrohen. Das ist eine notwendige Tatsache, die auch durch die friedliche Einstellung der Regierung nicht völlig aus der Welt geschafft werden kann.

Wir in Deutschland sind heute oft versucht, unseren Nachbarn das Wort zuzurufen, das einst einem Bürger des alten Rom auf dem Forum entgegenklang, als er, bis an die Zähne bewaffnet, unter einer friedlichen Volksmenge erschien und seine Rüstung mit der Furcht vor Überfällen zu rechtfertigen suchte, stellte man ihm einfach die Frage: „Quis tibi sic timere permisit?“ „Wer hat dir denn erlaubt, dich zu fürchten!“

Ich bin mir völlig klar darüber, wie stark die natürlichen Hemmungen sind, die Waffen aus der Hand zu geben. Ich erinnere mich der Worte, mit denen Herr Briand kürzlich gesprochen hat, welcher Sonnenglanz der Poesie nach heroischer Empfindung mit dem Gedanken „Waffen und Kampf“ verbunden ist, und wieviel schwerer es ist, dem Gedanken des Friedens Folge zu geben, die dieser Aufwallung des Geistes gleichen. Deshalb ist es auch völlig verständlich, wie schwer psychologisch auf ein Volk wie das deutsche, das an Jahrhunderte militärischer Tradition herabsinkt, der Gedanke der alleinigen Abrüstung wirkte. Namentlich unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung, auf die ich in meiner Rede zur Generaldebatte hingewiesen habe.

Deutschland hat diese psychologischen Hemmungen unter Verhältnissen, wie sie schwierig überhaupt nicht gedacht werden konnten, überwunden. Wenn diese Überwindung möglich war, so nicht aus dem Grunde, weil hinter ihr der Gedanke stand, daß es sich bei dieser Abrüstung nicht handeln könne um den Gegensatz zwischen Militarismus und Abrüstung, sondern daß es sich hier um die Durchführung eines Grundgesetzes handelt, der neue Methoden und eine neue Moral unter den Völkern herbeiführen wollte.

Der Glaube des Menschen an eine bessere Zukunft, die einer trüben Gegenwart folgt, ist eine Macht und Kraft, die gerade der Völkerbund am höchsten schätzen sollte. Lassen Sie diesen Glauben nicht erlöschen! Wenn das Land, das einst als die stärkste Militärmacht der Welt galt, heute abgerüstet

ist, so sollte es für die anderen Staaten viel leichter sein, ihm jetzt zu folgen. Wir stehen vor einer gebieterischen Pflicht, einer Pflicht, deren Nichtachtung ganz sicher zu schwierigen Folgen führen würde. Wir haben also keine Wahl. Die ganze Institution des Völkerbundes kann nur dann lebendig und wirksam werden, wenn die Vorschriften der allgemeinen Abrüstung durchgeführt und damit die Voraussetzung gegeben ist für jene Atmosphäre, die notwendig ist für eine gemeinsame und solidarische Sicherung des Friedens, zu der sich alle hier im Völkerbund vertretenen Nationen bekennen.“

Die deutsch vorgetragene Rede Dr. Stresemanns fand bei der gespannt zuhörenden Versammlung lebhaften Beifall.

Annahme der polnischen Resolution.

Bereits am Sonnabend vormittag hatte der Führer der polnischen Delegation Sokal seine bekannte Resolution begründet, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Versammlung anerkennt die Solidarität, durch welche die internationale Gemeinschaft verbunden ist, und sie ist befeelt von dem festen Willen, die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens zu gewährleisten. Sie stellt fest, daß der Angriffskrieg niemals als Mittel zur Regelung von Streitfragen zwischen den Staaten dienen darf, und daß er deshalb ein internationaler Verbrechen darstellt. Sie ist der Meinung, daß ein feierlicher Verzicht auf jeden Angriffskrieg geeignet wäre, eine verständliche Atmosphäre zu schaffen, die sich als günstig für die Fortschritte der im Hinblick auf die Abrüstung unternommenen Arbeiten erweisen würde und sie erklärt:

1. Jeder Angriffskrieg ist und bleibt verboten.
2. Alle friedlichen Mittel sollen für die Regelung von Streitfragen, die zwischen den Staaten entstehen könnten, angewendet werden, welcher Natur immer auch diese Streitfragen sein mögen.

Die Versammlung erklärt, daß für die Mitgliedstaaten des Völkerbundes die Verpflichtung besteht, sich nach diesen beiden Grundätzen zu richten.“

Nach einer kurzen Rede Sokals, in der er darauf aufmerksam machte, daß durch diese Resolution die Atmosphäre für einen günstigen Fortschritt der Abrüstungsarbeiten geschaffen werden soll, verlas Präsident Guani die Resolution und ermahnte die Völkerbundsversammlung, in Anbetracht der Tragweite der Erklärung namentlich darüber abzustimmen. Einige Delegationen fehlten bei der Abstimmung. Alle Anwesenden antworteten mit ja, so daß der Präsident unter stürmischem Beifall die einstimmige Annahme der Resolution verkünden konnte. Es wurde viel bemerkt, daß der deutsche Außenminister Dr. Stresemann als Erster den polnischen Delegierten zu der Annahme der Resolution beglückwünschte.

Das obererschlesische Paradies.

„Gerettet ist das edle Glied...“

Vor dem Schöffengericht in Rybnik wurde dieser Tage gegen sechs aufständische verhandelt, die kurz vor den Wahlen in Chwałowiz überfallen auf die Wohnungen mehrerer Deutscher, darunter die des Steigers Ulrich und des Arbeiters Walloschek, ausgeführt hatten. Im Fall Ulrich wurden zwei Angeklagte zu je 75 Zl. Geldstrafe wegen groben Unfugs verurteilt. Die milde Strafe wurde damit begründet, daß die Aufständischen einen edlen Teil der polnischen Bevölkerung darstellen und bei der Begehung der Tat sich provoziert gefühlt hätten. Fünf aufständische, die wegen schwerer Körperverletzung an Walloschek, der damals bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen wurde, angeklagt waren, erhielten je 300 Zl. Geldstrafe oder einen Monat Gefängnis. Als Nachse für dieses Urteil wurden in der Nacht zum Freitag die Fensterscheiben der Wohnungen des Ulrich und Walloschek eingeschlagen. Die Täter konnten nicht ermittelt werden.

Das staatsgefährliche „Jugendland“.

Nachdem es in Niewiadom trotz allen Maßnahmen des Gemeindevorstandes und des Schulleiters bisher nicht gelungen ist, eine Anzahl von Eltern davon abzubringen, ihre Kinder der deutschen Minderheitenschule zuzuführen, wurde diese am Montag auf Anordnung der Wojewodschaft durch den zuständigen Schulinspektor geschlossen. Veranlassung dazu war angeblich die Eröffnung eines Disziplinarverfahrens gegen den Minderheitenlehrer Pyttel aus politischen Gründen. Die politischen Vorwürfe des Lehrers bestehen darin, daß er den ihm unterstellten Kindern das in Polen in deutscher Sprache erscheinende Kinderblatt „Jugendland“ zu lesen gab, und daß er als Minderheitenlehrer dem „Verein deutscher Lehrer in Polen“ angehörte.

Deutsche Protestnote an Polen.

Die deutsche Reichsregierung hat in Warschau eine Note überreichen lassen, in der Vorstellungen dagegen erhoben werden, daß polnische Behörden den deutschen Reichsangehörigen Gudermit aus Gleiwitz seinerzeit durch ein Telegramm über die Grenze lockten, um ihn auf polnischem Gebiet zu verhaften.

Der Stand des Zloty am 26. September:

In Danzig: Für 100 Zloty 57,77
In Berlin: Für 100 Zloty 47,10
(beide Notierungen vorbörslich)
Bank Politi: 1 Dollar = 8,88
In Warschau inoffiziell 1 Dollar = 8,92.

Die „Barbaren“.

Vor einigen Monaten war der Redakteur Jaroslaw, der in Allenstein in polnischer Sprache erscheinenden „Gazeta Ostajńska“ wegen größtenteils beleidigender eines preussischen Generals zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Verurteilung des Angeklagten wurde verworfen und Jaroslaw mußte seine Strafe antreten. Nachdem er 14 Tage lang in Haft gehalten worden war, wurde ihm durch einen Gnadenakt der Rest der Strafe erlassen.

Die unangenehme Wahrheit.

Französische Pressestimmen zu Stresemanns Auftreten in Genf.

Paris, 26. September. (W.T.) Die meisten geistigen Blätter beschäftigen sich in längeren Artikeln mit der letzten Stresemann-Rede. Der Genfer Korrespondent des „Matin“ sieht in den Erklärungen Stresemanns „ein neues deutsches Manöver“, das darauf abziele, die Grundlagen des Versailler Traktats zu erschüttern, und die Durchführung der Klauseln dieses Traktats aufzuhalten. Der „Figaro“ behauptet, die Bundesgenossen hätten zu viele Beweise der deutschen Berechnung, um sich gegenüber Deutschland von besonderen Rücksichten leiten zu lassen, was gewissermaßen als ein Ausdruck der Schwäche ausgelegt werden könnte. Das Blatt betont, daß die Erklärungen Stresemanns eine gewisse schwere Atmosphäre in Genf geschaffen hätten.

Ein englischer Kommentar.

London, 26. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ hat heute im Zusammenhang mit dem Interview, das Dr. Stresemann kürzlich einem Vertreter des Blattes gewährte, daß der einzige wesentliche Unterschied zwischen Dr. Stresemann und dem Reichspräsidenten von Hindenburg in der Frage der Kriegsschuld dieser sei, daß der Präsident jede Schuld für den Krieg zurückweise, während Dr. Stresemann sich gegen die Theorie wende, daß Deutschland allein verantwortlich sei. Man habe nicht erwarten können, daß ein alter Soldat einen so feinen diplomatischen Unterschied mache. Es sei vollkommen klar, daß Dr. Stresemann sich immer in Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung Deutschlands über die Unschuld Deutschlands befinden habe. Ebenso wenig dürfe vergessen werden, daß Dr. Stresemann sich selbst immer als Monarchist bezeichnet habe, obwohl er seine Auffassung von nationaler und internationaler Zweckmäßigkeit vorübergehend mit republikanischen Institutionen verknüpft habe.

Die Ankläger, die gleichzeitig Richter waren...

Paris, 26. September. Der belgische Ministerpräsident Jaspar und der französische Justizminister Barthou haben gestern auf die Hindenburg-Rede von Tannenberg in sehr scharfer Weise geantwortet. Nach den Äußerungen französischer Blätter soll Barthou im Auftrage Poincarés gesprochen haben.

Stresemann sekundiert Hindenburg.

Der bekannte französische Publizist Jules Sauerwein veröffentlicht im „Matin“ eine Unterredung, die ihm Reichsaussenminister Dr. Stresemann über die Rede des Reichspräsidenten von Hindenburg in Tannenberg gewährte.

Die Schriftleitung des Blattes leitet die Unterredung mit der Bemerkung ein, aus den Erklärungen Dr. Stresemanns gehe deutlich hervor, daß dieser den Standpunkt des Reichspräsidenten vollkommen teile; Wortlaut sowie Standpunkt der Erklärungen Stresemanns würden nicht verfehlen, die französische Öffentlichkeit „auf das Unangenehmste zu überraschen.“ Diese Bemerkung der Schriftleitung bringt übrigens auch Sauerwein in seinen einleitenden Worten zu der Unterredung zum Ausdruck. Dr. Stresemann erklärte:

„Ich bin nicht nur überrascht, sondern es wundert mich, daß die Rede des Reichspräsidenten Hindenburg bei der Einmischung des Denkmals in Tannenberg in so hohem Maße als Überraschung wirkte. Die Rede bringt nichts anderes als was bereits vorher, z. B. von Reichskanzler Marx am 29. August 1924 und von mir selbst in meiner Eigenschaft als Außenminister in Gagen in Westfalen unter der Präsidentschaft Eberts während des Ruhrkonflikts in viel schärferer Weise zum Ausdruck gebracht wurde. Im übrigen ist die Rede durch die Umstände und die Entwicklung der Lage in der letzten Zeit begreiflich. Man muß auch beachten, daß in Deutschland weit weniger als in Frankreich derartige Denkmals- und Einweihungen von Ministerreden begleitet werden. In Frankreich wird häufig auf die Kriegserinnerungen und die Vergangenheit zurückgegriffen. Der den amerikanischen Legionären bereite Empfang und die damit zusammenhängenden militärischen Feierlichkeiten seien als ein Beispiel dafür angeführt.“

Reichspräsident von Hindenburg hat, so fuhr Stresemann fort, seitdem er im Amt ist, meines Wissens kein einziges Denkmal, das dem Krieg gewidmet ist, geweiht. In Tannenberg wurde kein Werk gefeiert, ein Werk, das mit seiner Persönlichkeit auf das engste verbunden ist. Hindenburg befand sich in Tannenberg auf

hyporichem Boden, wo sich alle Kriegereignisse, die seinen Namen verherrlichen, sozusagen vor seinen Augen entwickelten. Dazu möge in Betracht gezogen werden, daß Hindenburg in wenigen Wochen gemeinsam mit dem ganzen deutschen Volk seinen 80. Geburtstag begehen wird. Das ist ein Alter, das in der Bibel als Grenze für den Menschen gilt. Hindenburg fühlt, daß er eines Tages über sein Leben und seine Handlungen Rechenschaft vor der Gerechtigkeit des Schicksals wird abgeben müssen. Was er in Tannenberg sagte und vor den Veteranen behauptete — daß die deutsche Armee in den Krieg gezogen ist mit reinen Herzen und reinen Händen, und daß sich das deutsche Volk gegen die ihm drohenden Gefahren verteidigte — das alles ist eine gemeinsame Überzeugung aller Deutschen. Hindenburg wandte sich erneut bei dieser Gelegenheit gegen die gegen das deutsche Volk gerichtete Anklage, den Krieg grausam geführt zu haben.

Ich brauche die französischen Zeitungsleser nicht daran zu erinnern, setzte Stresemann fort, daß in der letzten Zeit in Frankreich Reden geführt worden sind, die Hindenburg zu dieser Sprache herausgefordert haben.

Im übrigen ist der Höhepunkt der Rede des deutschen Reichspräsidenten — und das ist ein Wunsch, der bereits hunderte Male zum Ausdruck gebracht wurde —, daß ein unparteiisches Schiedsgericht prüfen und feststellen soll, was sich im Sommer 1914 hinter dem diplomatischen Notenwechsel zugetragen hat. Gleichzeitig müßten, was nach meiner Ansicht noch wichtiger ist, die Ereignisse präzisiert werden, die sich in den Jahren vor 1914 abgepielt haben. Herr Briand hatte seine Rede in Genf mit den Worten beendet: „Den Frieden durch Schiedsgerichte.“ Man verlangt das Schiedsgerichtsverfahren für wirtschaftliche Fragen, man verlangt es für finanzielle Fragen, man verlangt es für die verschiedensten Themen. Wenn dieser Grundsatz der beste ist, um den Frieden unter den Völkern zu erhalten, warum soll er nicht anwendbar sein für moralische Fragen von höchster humanitärer Bedeutung, die eine viel schwerere Last für ein ganzes Volk bedeuten, als die schiedsgerichtlichen Entscheidungen über irgendein materielles Problem.

Schließlich möchte ich — so schloß Stresemann — einen Punkt ganz besonders hervorheben. Das lebhafteste Bestreben, das sich in ganz Deutschland in den letzten Jahren zeigt und das danach geht, das deutsche Volk von der Behauptung zu befreien, daß es für den Krieg allein verantwortlich sei, zeigt am besten, welchen hohen moralischen Wert man in Deutschland der Friedensidee beilegt. Das deutsche Volk empfindet die Doktrin als eine schwere Beleidigung, nach der die schreckliche Katastrophe des Weltkrieges auf die alleinige deutsche Schuld zurückzuführen ist. Es ist leicht verständlich, daß es sich nicht vor einer Entscheidung beugen kann, wo die Richter gleichzeitig die Kläger sind. Daher sind auch die Bestrebungen des deutschen Volkes nicht im Widerspruch mit der Friedenspolitik, die Deutschland unverändert befolgt. Vom Standpunkt der Tätigkeit des Völkerbundes aus betrachtet, kann niemand die Idee eines derartigen Schiedsgerichtsverfahrens ablehnen. Sollte das Verfahren für die Aufklärung der Kriegsschuld derzeit nicht erreicht werden können, so wird die Geschichte, die sich mit diesen Ereignissen beschäftigt wird, urteilen. Vor dem Urteil der Geschichte werden sich alle Völker beugen müssen.“

Zur Auslegung der Verfassung.

Zu dem bekannten Schreiben des Ministerpräsidenten Pilsudski an den Sejm marschall schreibt der „Kurjer Późnani“ u. a.:

„Was zunächst die in dem Schreiben enthaltenen Deduktionen anlangt, so ist das eine Meinungsäußerung seitens der interessierten Seite und nichts weiter. Die Regierung kann den Verwaltungsbehörden Befehle erteilen, der Justizminister kann als der oberste Procurator den ihm unterstellten Ämtern der Procuratur Aufträge erteilen, aber die polnischen Gerichte sind Gott sei Dank noch unabhängig. Es kann dies „Übermenschen“ nicht in den Rahmen passen, aber das ändert nichts an dem Stand der Dinge. Die Gerichte und nur die Gerichte entscheiden in maßgebender Weise, wie die entsprechenden Artikel der Verfassung zu verstehen sind. Wir unterstellen ziehen daraus andere Folgerungen als die, die in dem Schreiben des Ministerpräsidenten an den Sejm marschall enthalten sind. Wir machen vor allem darauf aufmerksam, daß der grundsätzliche, den wirklichen Stand der Dinge festlegende Artikel 44 der Verfassung in seinem letzten Absatz ausdrücklich bestimmt:

„Die Verordnungen (des Präsidenten der Republik) verlieren ihre Rechtskraft, wenn sie nicht innerhalb 14 Tagen nach der nächsten Sitzung des Sejm dem Sejm vorgelegt werden, oder wenn sie nach der Vorlegung im Sejm durch den Sejm aufgehoben werden.“

Weiter schreibt der „Kurjer Późnani“ konform unseren eigenen Ausführungen in der Sonntagsnummer der „Deutschen Rundschau“ weiter:

„Dieser Artikel schließt einen Einfluß des Senats in Sachen der Aufhebung der Dekrete des Präsidenten vollständig aus, da er nichts von diesem Einfluß des Senats sagt. Es gibt auch in der Verfassung keine Bestimmung, die diesen Artikel auch auf den Senat bezöge. An den Senat müßte aber doch die Sache gehen, wenn die Verordnungen des Präsidenten, wie dies Pilsudski will, nicht durch einen gewöhnlichen Beschluß, sondern durch ein Gesetz aufgehoben werden sollten. Die Folgerungen, die sich aus dem Artikel 44 ergeben, sind also klar.“

Der „Kurjer Późnani“ fährt dann fort:

„Das Schreiben des Ministerpräsidenten erinnert an das Gesetz vom 15. Dezember 1926, auf Grund dessen die vorjährigen Presseverordnungen aufgehoben worden sind. In dessen darf nicht vergessen werden, daß dies damals unter einer anderen Rechtslage geschehen ist, nämlich vor dem Eingang der Verordnungen beim Sejm, vor dem Ablauf der Frist von 14 Tagen, die die Verfassung der Regierung beläßt. Dagegen trat damals der Pilsudski-Anhänger Abg. Kosciakowski mit „verfassungsmäßigen Zweifeln“ hervor. Deshalb wurde, um diese Zweifel nicht aufkommen zu lassen, damals beschlossen, vor Ablauf des 14-tägigen Termins die Verordnungen durch gesetzliche Initiative aufzuheben. Berichterstatter über das Gesetz war der Abg. Liebermann am 10. Dezember, und in einer seiner Reden erklärte er:

„Die Justizkommission beantragt die Aufhebung des Dekrets, von dem ich reden werde, mit Hilfe eines Gesetzes, in Form eines Gesetzes, obgleich nach der Novelle zur Verfassung ein einseitiger Akt, ein einseitiger Beschluß des Sejm genügt.“

Und indem er sich an den Sejm marschall wandte, sagte der Referent:

„Weiter verwahre ich mich ausdrücklich und entschieden dagegen, daß die heute durch die Justizkommission vorgeschlagene Form einen Präzedenzfall darstellen kann und darstellen wird, und ich bitte den Herrn Marschall sehr, daß er ebenfalls in diesem Sinne nach seiner Überzeugung dem hohen Hause eine Erklärung abgibt.“

Zu Beantwortung dieses Teils der Rede erklärte der Sejm marschall:

„In Beantwortung des Appells, den der Herr Abg. Liebermann an mich gerichtet hat, stelle ich im Einklang mit der Wirklichkeit fest, daß selbst in diesem Hause Vertreter zweier verschiedener Interpretationen des letzten Absatzes des Art. 5 des Gesetzes vom 2. August vorhanden sind (es ist hier gerade von der Abänderung des Art. 44 der Verfassung in der jetzigen Fassung die Rede). Ich

verstehe, daß die Aufhebung des Pressegesetzes durch Gesetz keinen Präzedenzfall dafür bilden wird, daß der Art. 5 nur in dem Sinne interpretiert werden kann, daß zur Aufhebung des Gesetzes ein Gesetz erforderlich ist. Ich bin der Ansicht, daß diese Frage noch eine Aufklärung im Sejm erfordert.“

Gegen die Erklärung des Marschalls protestierte (wie der „Kurjer Późnani“ weiter schreibt) niemand. Wenn es sich aber um eine Klarstellung im Sejm handelt, so erfolgte diese in der Sitzung vom 19. September 1927, als der Sejm beschloß, durch einen gewöhnlichen Beschluß von seiner Seite die erwähnten Verordnungen vom 10. Mai d. J., die schon beim Sejm eingelaufen waren, aufzuheben.

Da das Schreiben des Ministerpräsidenten daran erinnert, daß auf Grund der bestehenden Gesetze die Beschlüsse des Sejm im Dziennik Ustaw nicht veröffentlicht werden können, muß festgestellt werden, daß im Dziennik Ustaw ein Beschluß vom 19. Februar 1919 abgedruckt worden ist über die Verleihung des Amtes des Staatschefs und des Obersten Heerführers. Man könnte sagen, daß ein solcher Beschluß gedruckt worden ist bevor das Gesetz über den Dziennik Ustaw vom 31. Juli 1918 beschlossen worden ist. Indessen ist auch nach dem Erlaß des Gesetzes über den Dziennik Ustaw in dem letzteren, und zwar in der Nr. 67 Pos. 520 der Beschluß des Sejm vom 28. Juni 1923 veröffentlicht worden, der gefaßt worden ist auf Antrag des Abg. Jan Debisi, folgenden Inhalts:

„Der Sejm stellt fest, daß der Marschall Pilsudski als Staatschef und oberster Heerführer sich um das Volk verdient gemacht hat.“

Dieser Beschluß ist in der oben erwähnten Nummer des Dziennik Ustaw in Form einer Verordnung des Präsidenten der Republik veröffentlicht worden und ist unterzeichnet vom Präsidenten Stanislaw Wojciechowski und konfirmiert durch den Ministerpräsidenten W. Witos und durch den Innenminister Wladyslaw Kierulff.

Das ist die Sprache der Tatsachen, wodurch die Auslegung der Verfassung, wie sie Pilsudski und seine armierten Rechtsberater gegeben haben, widerlegt wird.

Der „Nasz Przegląd“ äußert sich zur Sache wie folgt: „Der Art. 44 der Verfassung spricht über die Aufhebung der mit Gesetzeskraft erlassenen Dekrete durch den Sejm, ohne die Notwendigkeit zu erwähnen, hierüber ein Gesetz zu erlassen. Hieraus ergibt sich, daß der Sejm dies durch einen gewöhnlichen Beschluß bewirken kann. Die Ansicht, daß eine mit Gesetzeskraft erlassene Verordnung, die im „Dziennik Ustaw“ veröffentlicht wurde, nur als aufgehoben angesehen werden kann, wenn eine entsprechende Veröffentlichung im „Dziennik Ustaw“ erfolgt ist, ist unbegründet. Wird die mit Gesetzeskraft erlassene Verordnung dem Sejm im Laufe von 14 Tagen nach der nächsten Sejmung nicht vorgelegt, so verliert sie die Gesetzeskraft. Dies geschieht vollkommen automatisch und zweifellos ohne Veröffentlichung im „Dziennik Ustaw“, denn in diesem Falle hat man nicht einmal etwas bekanntzumachen. Ebenso automatisch erlischt die Gesetzeskraft einer Verordnung mit dem Augenblick, da ein entsprechender Beschluß des Sejm gefaßt wird. Freilich hat die Regierung die Pflicht, diesen Sejm beschluß zur Kenntnis zu geben, und zwar in der Form einer entsprechenden Bekanntmachung. Im „Dziennik Ustaw“ kann der Beschluß nur in der Form einer Regierungserklärung veröffentlicht werden. Dadurch, daß eine solche Bekanntmachung nicht erlassen oder die Erklärung nicht abgegeben wird, wird an der Sache selbst nichts geändert.“

Ein charakteristischer Presseprozeß.

Łódź, 23. September. In der hiesigen deutsch-sozialistischen „Volkszeitung“ erschien am 8. d. Mts. ein Bericht über die Ansprache des Marschalls Pilsudski in Kalisz, in welchem die von diesem gesprochenen Worte zitiert waren, daß „das polnische Volk ein Volk von Idioten“ sei. Diese Nummer der „Volkszeitung“ wurde konfisziert, und auch die nächste Nummer desselben Blattes verfiel der Beschlagnahme wegen eines Artikels, der unter der Überschrift „Die Worte des Marschalls Pilsudski konfisziert“ erschienen war. Auf Grund der Berichte Warschauer Blätter soll Pilsudski in seiner Rede diese Wendung gebraucht haben. Gleichzeitig wurde dem verantwortlichen Redakteur der „Volkszeitung“ auf der Prozeß gemacht.

In der Verhandlung, die am Donnerstag stattfand, führte der Angeklagte durch die Aussage von zehn Zeugen den Wahrheitsbeweis, daß Marschall Pilsudski die Worte von dem „Idiotenvolk“ tatsächlich gesprochen hat. Der Verteidiger legte dem Gericht den Beschluß des Sejm vor, nach welchem das Pressegesetz des Staatspräsidenten vom 10. Mai aufgehoben ist, das Gericht vertrat jedoch den Standpunkt, daß das Dekret auch jetzt noch Gesetzeskraft habe. In dem Prozeß wegen der ersten Beschlagnahme wurde der Angeklagte freigesprochen, wegen der zweiten Beschlagnahme jedoch zu 200 Loin Geldstrafe bzw. zwei Wochen Haft verurteilt, und zwar auf Grund des Dekrets über die Verbreitung unwahrer Nachrichten. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß die Überschrift „Die Worte des Marschalls Pilsudski konfisziert“ in der Volksgemeinschaft hätte Unruhe stiften können. Warum hat man dann aber die Worte des Marschalls Pilsudski beschlagnahmt, wenn schon die Meldung dieser Tatsache Unruhe stiften kann?

Wir sind gewiß zu einfach konstruiert, um diesen Richterpruch zu begreifen. Dem Beklagten geht es ähnlich; denn er hat gegen das interessante Urteil Berufung eingelegt.

Republik Polen.

Kardinal Ledochowski's Heimfahrt.

Kattowitz, 26. September. (P.M.) Vom 23. bis zum 25. d. Mts. gab die Stadt Kattowitz in ihren Mauern den herrlichen Überresten des Kardinals Ledochowski eine Gaststätte, die in der Friedhofskapelle zur öffentlichen Schau gestellt wurden. Heute früh zelebrierte Bischof Lisiecki eine Trauermesse, worauf der Sarg auf den Bahnhof geschafft wurde. Die Leiche wird nach Nitowo und dann nach Posen übergeführt, wo sie ihre letzte Ruhestätte finden soll.

Pateks Abreise nach dem Kaukasus.

Moskau, 25. September. (P.M.) Der polnische Gesandte Patek ist gestern nach Nischni Nowgorod abgereist, von wo er sich auf der Wolga nach Zarzin auf dem Wege nach dem Kaukasus begibt. Das Geleit auf dem Bahnhof gab ihm der sowjetrussische Gesandte in Warschau Bogomolow sowie das Personal der polnischen Gesandtschaft in Moskau.

Deutsches Reich.

Die Amnestie in Deutschland.

Berlin, 26. September. (P.M.) Wie die „Welt am Montag“ mitteilt, werden aus Anlaß des Geburtstages des Reichspräsidenten von Hindenburg etwa 200 bis 300 Personen amnestiert werden. In erster Linie soll die Amnestie Personen zugute kommen, die wegen Beleidigung und Schmähung des Reichspräsidenten verurteilt wurden, darunter etlichen Redakteuren kommunistischer Blätter, ferner Personen, die wegen Schmähung der republikanischen Staatsbehörden Gefängnisstrafen verbüßen. U. a. sollen in Freiheit gesetzt werden der Führer des Staatsreichs in Rüstung Major Buchrucker sowie zwei Personen, die im

Jahre 1922 ein Attentat auf Scheidemann zu verüben versucht und damals zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden.

Aus anderen Ländern.

Neue Todesurteile in Rußland.

Wien, 26. September. (P.M.) Das hiesige Gericht verurteilte vier Monarchisten zum Tode, einen fünften des Antibolschewismus Angeklagten zu 10 Jahren Gefängnis.

Urteil im Gattenmordprozeß.

15 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust.

Bromberg, 24. September.

Am Freitag, 23. September, fand der angekündigte Lokaltermin in Mühltal statt. Die Befichtigung der Bauarbeiten ergab, daß während der langen Zeit seit dem Mord viele Änderungen vorgenommen worden sind, so daß die Untersuchung in dieser Hinsicht keine Resultate erbringen konnte. Nachdem dann noch mehrere Vernehmungen an Ort und Stelle vorgenommen, begab das Gericht sich am Nachmittag wieder nach Bromberg zurück.

Am achten und letzten Verhandlungstage wurden noch zwei Zeugen vernommen. Die zur Zeit des Mordes 14 Jahre alte Stefanie Ziolkowska will gesehen haben, daß Szpajda immernachdem mit einem Holzbalken auf seine Frau eingeschlagen habe. Die Zeugin will S. ganz genau erkannt haben.

Nach Beendigung der Beweisaufnahme ergreift

der Staatsanwalt

das Wort. „Das dritte mal soll das Gericht in dieser Mordsache ein Urteil fällen; die jetzige Verhandlung ergab, daß der Fall ein offenes Geheimnis ist. Der Täter befindet sich auf der Anklagebank, es kommt kein anderer in Frage. Alle Zeugen bilden die Kette der Beweise und diese reiche vollständig aus, zu einem Urteil zu gelangen, wie es die Gerechtigkeit erfordert. Der Angeklagte verübte den Mord mit tierischer Brutalität, er mordete seine Frau, wie man nicht einmal einen toten Hund umbringt. Der Angeklagte überfiel sein Opfer, als es an der Drehtür beschäftigt war; es entstand ein Kampf, die Frau versuchte aus dem Fenster zu springen, er hielt sie jedoch zurück und verfolgte sie, immer heftige Schläge ausstehend. Dies alles ergab ein klares Bild des Verbrechens. S. behauptet, er zog die Leiche, die sich unter einem Bullen befand, hervor, um sie an einen sicheren Ort zu schaffen. Nach seiner ersten Ansicht soll sie von dem Bullen getötet worden sein. Dann wechselte er diese Aussage und kombinierte andere Mährchen. Hätte ein anderer Täter sich noch Zeit dazu genommen, die Blutspuren an den Stallwänden abzuwischen? Und was sagt der verdächtige Anzug? Nach der Tat versuchte der Mörder fortzugehen, irrte aber nur in den Wäldern planlos umher, bis es ihn dann wieder an die Mordstelle zurücktrieb. Einen Zeugen versuchte er durch eine falsche Zeugnisaussage zu einer unrichtigen Aussage zu verleiten, auch dies mißlang. Hierdurch wollte er ein Alibi erzielen, das er durchaus brauchte. Der Mord wurde mit voller Überlegung ausgeführt, wie es der § 211 voraussetzt. Dieser Paragraph sieht die Todesstrafe vor, die hiermit beantragt wird, außerdem wäre auf dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu erkennen.“

Darauf ergreift der

Verteidiger

das Wort: „Einen Menschen in derartiger Lage zu verteidigen, ist eine schwere Aufgabe. In einer hiesigen polnischen Zeitung erschien schon vor der Verhandlung ein Bericht, worin die Ausdrücke vorkamen: „Der raffinierte Gattenmörder, den die langjährige Haft noch raffinierter machte.“ Die Meinung dieser Presse ist voreilig und kann durchaus nicht geteilt werden. Man müßte die äußeren Umstände erwägen, ehe man in dem Angeklagten den Mörder erblickt. Der Angeklagte war sozusagen in Mühltal ein Anführer, und wurde von seinen nächsten Angehörigen wie ein Knecht behandelt und diese Herabsetzung führte zu Streit und Zank. Er war ein arbeitsamer Mensch und es sei weder erwiesen, daß er der Täter war, noch daß er, wenn er es war, mit voller Überlegung handelte. Hier liegt ein hoher Verdacht vor und auf Grund der bloßen Volksstimmung hin könne er niemals verurteilt werden. Wir sahen hier drei Kategorien von Zeugen: Schulkinder, Verwandte und indirekte Zeugen. Je weiter die Zeit voranschreitet, desto mehr ergeben diese Zeugen sich in Phantasien und Widersprüchen. Zur Zeit des Mordes waren die Hauptzeugen sieben bis acht Jahre alt und derartige Aussagen bilden für ein Gericht durchaus keine Stütze. Wenn das Gericht von der Schuld des Angeklagten so fest überzeugt wäre, dann hätte es nicht alle beantragten Zeugen zur Stelle gerufen. Der Mord geschah in der Zeit von 12½ bis 1½ Uhr mittags, zu dieser Zeit war S. gar nicht zu Hause und er zeigte uns gestern ganz genau den Weg, den er damals ging. Wenn der Zeuge Lubiewski behauptet, daß S. zu der Zeit einen anderen Anzug anhatte, so müssen zu dieser Aussage große Einwände geltend gemacht werden, zumal dieser Zeuge einmal entlastend, das andere Mal belastend aussagte. Zu welchem Zweck sollte der Angeklagte überhaupt die Frau beseitigt haben? Er hätte ja Gesehwindigkeit beantragen können. Auf den Zeugenansagen kann man kein Urteil wegen Mordes aufbauen. Die Reihe der Spuren ist lückenhaft. Auch liegt hier überhaupt kein Mord, sondern höchstens ein Todschlag vor. Bis heute ist der Angeklagte Szpajda pinchlich nicht zusammengebrochen und wird es auch ferner nicht, da er nicht der Täter ist. Seine Verteidigung war gräulig und unverändert. Es müßte berücksichtigt werden, daß die Frau des Angeklagten unnahegebig und ängstlich war und ihn zum Zorne reizte. Außerdem befand sich der Angeklagte beinahe fünf Jahre in Haft; sollte Todschlag angenommen werden, dann sei eine milde Strafe am Platz. Da nach bester Überzeugung S. am Todschlag unbeteiligt und demnach unschuldig ist, so müßte auf Freisprechung erkannt werden.“

Nachdem der Staatsanwalt die einzelnen Behauptungen des Verteidigers in 1½ stündiger Rede widerlegt hatte, erhält der Angeklagte das letzte Wort. Er erklärt, sich den Ausführungen des Verteidigers anzuschließen und behauptet mit fester Stimme, nicht der Täter zu sein.

Um 6 Uhr abends wird folgendes

Urteil

verkündet: Der Angeklagte Szpajda ist des Verbrechens gegen § 212 Str. Ges. B. (Todschlag) schuldig und wird zu fünfzehn Jahren Zuchthaus und zu zehn-jährigem Ehrverlust verurteilt. Begründung: Auf Grund der durchgeführten Verhandlung ist das Gericht zur Überzeugung gekommen, daß der Angeklagte vorzüglich, aber ohne Überlegung seine Frau tötete. Die Verteidigung des Angeklagten wurde durch schlagende Beweise widerlegt. Das Gericht verhängte die höchste Strafe, die das Gesetz für einen Todschlag vorsieht und zwar im Hinblick auf die Ausführung der Tat. Auch im Lokaltermin hatte das Gericht sich davon überzeugt, daß der Angeklagte die Tat in überaus bestialischer Weise verübte. Die lang-jährige Untersuchungshaft kommt nicht zur Anrechnung. Der Angeklagte erklärt, gegen das Urteil abermals das Rechtsmittel der Revision einlegen zu wollen.

Bromberg, Dienstag den 27. September 1927.

Pommerellen.

26. September.

Graudenz (Grudziadz).

* Wegen Verstoß gegen die Monopolgesetze hatten sich eine große Anzahl Personen vor der zweiten Strafkammer in Graudenz zu verantworten. Es wurden verurteilt: Marian Aleksandrowicz und seine Ehefrau Ludwika wegen Spirituosenverkaufs ohne Erlaubnis der Finanzbehörde zu einem Monat Gefängnis. — Leopold Koppczanski wegen unerlaubter Einfuhr von 355 Zigarren zu 1207 Zloty Geldstrafe und Konfiskation der Zigarren. — Der Bäckermeister Stefan Niklas, der ohne Erlaubnis der Finanzbehörde und ohne Patent im Februar d. J. Alkohol verkauft hat, zu 200 Zloty Geldstrafe. — Der Arbeiter Theodor Lys aus Grodek wegen Einfuhr von 680 Zigarren zu 100 Zloty Geldstrafe und Konfiskation. — Die Arbeiterin Viktoria Lubczynska aus Gackow, Kreis Schwes, bei der 1500 Gramm Tabak und 680 Zigaretten aus dem Ausland beschlagnahmt worden sind, zu 60 Zloty Geldstrafe und Konfiskation. — Viktoria Guß aus Thorn wegen Verkauf von 540 Zigaretten ohne Erlaubnis der Finanzbehörde zu 100 Zloty Geldstrafe. — Jan Rykaczewski aus Komorze wegen Tabaksmuggels zu 740 Zloty Geldstrafe und Konfiskation. — Bogdan Kozakiewicz, Kaufmann aus Biernog, wegen Bierverkaufs in geschlossenen Gefäßen ohne Erlaubnis und ohne Patent zu 50 Zloty Geldstrafe. — Der Kaufmann Mikodem Kaminski aus Gruppe wegen Verkauf von Spirituosen ohne Erlaubnis und ohne Patent zu 50 Zloty Geldstrafe. — Der Organist Bronislaw Kravatz aus Kasin wegen Verkauf von Fruchtwein ohne Erlaubnis zu 10 Zloty Geldstrafe.

* Zur Linderung der Wohnungsnot. Anstatt der Arbeiterhäuser, die zuerst projektiert wurden, deren Errichtung aber aus Gründen, die von der Stadt völlig unabhängig sind, auf Schwierigkeiten stößt, soll, wie in einer Sitzung der Baukommission und des Magistrats beschlossen worden ist, an der Brombergerstraße noch ein großes Wohnhaus für Arbeiter mit kleinen Wohnungen (ein Zimmer und Küche) in gleichen Ausmaßen wie das jetzt im Bau befindliche, entstehen. Auf diese Weise werden statt 10 Wohnungen ihrer 16 geschaffen. Wie brennend die Frage der Wohnungsvermehrung ist, geht daraus hervor, daß bei den Gerichten nicht weniger als 300 Ermittlungsakten anhängig gemacht worden sind.

Vereine, Veranstaltungen etc.

Die Eintrittspreise zu den periodischen Aufführungen des Nischen Zirkus A. Barnum und Ben Reid und dem daran anschließenden Zirkus der Deutschen Bühne Graudenz am Montag, den 3. Oktober d. J., im Gemeindegarten sind sehr niedrig angesetzt, denn bei diesen Preisen sind die hohen Zirkusunterstützungen, Garberobengelder und alle anderen Unkosten mit eingerechnet, so daß die Besucher keine weiteren Ausgaben zu leisten haben. Es kommt noch hinzu, daß die Mitglieder der Deutschen Bühne und des Gemeindegartens ermäßigte Preise zahlen; Mitteilungs-Meldungen werden jederzeit im Geschäftszimmer der Deutschen Bühne, Mickiewicz 15, entgegengenommen. Die Graudenz Deutsche Bühne veranstaltet jedoch diese Feste nicht nur, um alle Kreise aus Stadt und Land zusammenzuführen und ihnen einige fröhliche, sorgenlose Stunden zu bereiten, sondern, um auch aus den Überschüssen dieser Feste der Deutschen Bühne die finanzielle Grundlage zu geben, damit sie ihre künstlerischen Bestrebungen durchführen kann. Wer also diese Feste unterstützt, unterstützt auch die Deutsche Bühne und die von ihr veranstalteten Aufführungen; diese Aufführungen sind wohl aber niemand mehr hier in Graudenz mißfallen wollen. Gesuche um Einladungen zum Zirkusfest sind an den Vorsitzenden, Herrn Arnold Kriedte, Grudziadz, Mickiewicz 8, zu richten. (11688)

An unsere Graudenz Leser.

Damit in der Zustellung der „Deutschen Rundschau in Polen“ keine Unterbrechung geschieht, empfiehlt es sich, das Abonnement

für Oktober

bei einer der nachstehenden

Ausgabe = Stellen

aufzugeben, denn die Nummer vom 1. Oktober wird bereits am 30. September ausgegeben.

Hauptvertriebsstelle, Anzeigen - Annahme und Nachrichten-Dienst:

Arnold Kriedte, Buchhandlung, Mickiewicz 3 (Bohmannstr.) 3.

Ausgabe-Stellen:

Großhandels-Gesellschaft, Strzeleca (Schützenstraße) 3.

Willy Beder, Drogenhandl., Plac 23 (Kryzania (Getreidemarkt) 30).

Emil Romen, Papierhandlung, Toruńska (Unterthornerstr.) 16.

Malowski, Friseur, Chelminska (Culmerstr.) 40.

Selene Kriedte, Papierhandlung, Józefa Wybickiego (Marienwerderstr.) 9.

Gruß, Kolonialwarenhandlung, Koszarowa (Kajernenstraße) 10.

Eduard Schacht-Schneider, Forteczna (Gefängnisstr.) 28.

Rindt, Bäckerei, Lipowa (Lindenstr.) 17.

Café Dieb, Lipowa (Lindenstr.) 33.

Gustav Alafft, Bäckerei, Al. Tarpas, Grudziadzka (Graudenzstr.) 2.

Die „Deutsche Rundschau in Polen“ ist die verbreitetste deutsche Zeitung in Polen; Anzeigen darin sind deshalb auch besonders wirkungsvoll. Alle Ausgabe = Stellen nehmen auch Inseraten-Aufträge entgegen.

Geschäftsstelle der Deutschen Rundschau in Polen.**Thorn (Toruń).****Aus dem Stadtparlament.**

Als erster wichtiger Punkt der Tagesordnung war über den Antrag zu beraten, gegen den Gutspächter Hofmann vom städtischen Gut Katharinenflur eine Klage wegen rückständiger Steuern anzuführen. Dieser Pächter schuldet der Stadt die Steuern bereits vom Jahre 1922 (!) in Höhe von über 2500 Zloty. Man beschloß, die Summe einzufordern und ihn ermitteln zu lassen. — Darauf bewilligte man für die Herstellung des Propagandafilms von Pommerellen 1000 Zloty; die Herstellungskosten des

Films werden 25 000 Zloty betragen. — Das städtische Schlachthaus soll vergrößert, renoviert und mit modernen Maschinen versehen werden, was ca. 600 000 Zloty kosten wird. Beschlossen wurde, zur vorläufigen Kostendeckung einen Kredit von 400 000 Zloty aufzunehmen.

Infolge der böhschen Angriffe fanden in sämtlichen städtischen Ressorts Revisionen statt, wobei festgestellt wurde, daß von fast sämtlichen Ressorts im Vorjahre der Haushaltsplan überschritten wurde. Allein die städtische Kammereinkasse überschritt den Haushaltsplan um 111 000 Zl. (!). Zu fast allen Überschreitungen waren auch die Zusatzbewilligungen des Parlaments vorhanden — nur zum Umbau des Junkerhofes war ein entsprechender Antrag auf Erhöhung der Summe nicht gestellt worden. Man verstand es jedoch, diesen Fehler wieder auf zu machen. — Der Amtshauptmann Milowski tritt von der Pacht zugunsten der Domicil-Brauerei zurück. Hierbei kam zur Sprache, weshalb die Stadt eigentlich den ehemaligen deutschen Pächter Raczowski beisteigt und sich mit demselben in einen teuren Prozeß eingelassen habe, von dem nicht zu erwarten ist, daß ihn die Stadt gewinnt. Ungeheure Summen hat der Prozeß bereits gekostet und Raczowski hat Aussicht, eine Entschädigung von einigen hunderttausend Zloty ausbezahlt zu erhalten.

Nachdem man so energisch an den Abbruch der drei Häuser in der Bäckersstraße herangegangen war, werden die beschädigten Häuser nun wieder renoviert, und der Platz vor der Reichsbank in Ordnung gebracht, was 6000 Zloty kosten soll.

Stadtfr. Frau Domasicki beklagte sich darüber, daß man städtische Gelder in großen Summen zu feierlichen Empfängen herauswirft, und zwar in einem Fall 20 000 Zloty, in einem anderen Falle 25 000 Zloty! Der Vorsitzende Antczak kritisierte in heftiger Weise die städtische Wirtschaft in manchen städtischen Ressorts und forderte, daß die betr. Magistratsmitglieder genau nach dem vorgeschriebenen Haushaltsplan wirtschaften sollen und nicht eigenmächtig diesen überschreiten.

In geheimer Sitzung bewilligte man der Witwe des verstorbenen Stadtrats Reich eine Rente, desgleichen dem städtischen Sekretär Jaskulski eine Pension.

—dt. *

t Die Unpäßlichkeit der Ereignisse. Es ist eine altbekannte Tatsache, daß sich viele Ereignisse in kurzer Zeit unter fast genau denselben Umständen wiederholen. Wenn wir die in der vergangenen Woche gebrachten Vorkommnisse aus Thorn genauer betrachten, wird uns diese Wiederholung bei verschiedenen Vorfällen ganz besonders augenfällig. Wir lasen da von zwei Fahrraddiebstählen, am Mittwoch davon, daß ein junges Mädchen und ein Zeitungshändler durch Überfahrenwerden auf der Straße verletzt wurden, daß ferner zwei Radfahrer stürzten und unlesbare Befundschäden mit dem Erdboden machten. Ferner erinnern wir an die beiden Zusammenstöße, die sich in der Breitenstraße und auf der Culmer Chaussee ereigneten, endlich an den plötzlichen Tod, den am Donnerstag zwei Personen auf der Straße erlitten. Die Ausplünderung der Verkaufsstände im Stadtpark und an der Brombergerstraße, die in kurzer Zeit aufeinanderfolgte, gehört auch zu diesem Kapitel.

t Die Verbreiterungsarbeiten in der Meilnstraße (ul. Mickiewicz) schreiten stetig, wenn auch langsam vorwärts. Man ist jetzt dabei, die Vorgärten einzelner Häuser auf der Südseite niederzulegen, nachdem die Bäume schon vor längerer Zeit entfernt worden waren. Wenn die Bäume der großen unbebauten Gelände an den Ecken der Heppner- und Parkstraße, sowie zwischen Park- und Talsstraße gefällt sein werden, wird man erst einen Überblick über den großartigen Verbesserungsplan erhalten.

* Auf dem letzten Hauptvieh- und Pferdemarkt waren aufgetrieben 208 Pferde, 35 Rinder und 203 Schweine. Man zahlte für alte Pferde 100—200, Arbeitspferde 350—500, bessere 600—800, Zugmaterial 900—1200, Fohlen 100—250, alte Kühe 300—400, frische Milchkuhe 550—700, Stieren 250 bis 350, Ferkel 110 bis 150 pro Zentner Lebendgewicht, Läuferkühe unter 35 Kilo 45—55, über 35 Kilo 65 bis 75, Ferkel das Paar 40—60 Zl. Der Umsatz war stark. Nach langer Zeit war auch wieder Jungvieh aufgetrieben.

* Prüfung Autofahrer! Die Autoprüfungskommission wird am 13., 14., 27. und 28. Oktober in der Waldstraße 15 mechanische Fahrzeuge prüfen. Auch können Chauffeur-examen abgelegt werden.

t Unternehmungsgeist zeigt ein Kriegsinvalide, der in der Brombergerstraße gegenüber der Schulstraße auf eigene

Kosten einen Verkaufspavillon baut, der gleichzeitig auch als Wartezimmer für die Fahrgäste der Straßenbahn bestimmt ist. Das Häuschen entsteht dicht neben dem Fußgängerweg in den Anlagen, in der Nähe der dortigen Bedürfnisanstalt; es enthält drei Räume, von denen der Wartesaal mit etwa 2 x 3,50 Meter Grundfläche der größte ist. Die Stadt hat den Boden ohne Bezahlung zur Verfügung gestellt.

t Bubenhände haben an den neu gepflanzten Bäumchen zwischen dem Brücken- und dem Baderator am Weichselufer die eisernen Schutzgitter zum Teil so verbogen, daß die oberen Enden ringsherum wagerecht stehen. Da sich diese Teile gerade in Augenhöhe befinden, können sie in der Dunkelheit leicht zu Verletzungen vorübergehender Passanten führen, wenn der Schaden nicht bald behoben wird.

t Blinder Feneralarm. Freitag kurz vor Mitternacht rückte die Feuerwehr auf einen von der Brombergerstraße aus erfolgten Alarm aus. An drei Stellen hielt sie sich heraus, daß sich jemand einen „Schurz“ erlaubt hatte. Der unüberlegte Täter soll glücklicherweise erkannt worden sein, so daß er einer hoffentlich exemplarischen Strafe nicht entgehen dürfte.

t Einen guten Griff machte die Polizei durch die Verhaftung der Diebe, die die beiden Verkaufsstände auf der Bromberger Vorstadt beraubt hatten. Es gelang ihr auch, gleichzeitig die Abnehmer des gestohlenen Guts dingfest zu machen, so daß alle ihrer wohlverdienten Sühne entgegensehen.

Culmsee (Chelmza).

Das Fest der Goldenen Hochzeit konnten am Freitag der Mitbürger Thomas Leski und Frau Maria geb. Wichrowski begehen.

o Kartoffelernte — Kartoffelmangel. Überall ist die Kartoffelernte schon einige Zeit im Gange und die Erträge sind zufriedenstellend. Wegen der Ernte aber haben die Landwirte vielfach nicht die Zeit, die Kartoffeln zur Stadt zu bringen, und so konnte man in diesen Tagen von einem Kartoffelmangel sprechen. Auf dem letzten Wochenmarkt waren nur vier Wagen mit Kartoffeln vorhanden und schnell vergriffen. Der Preis ist denn auch wieder etwas gestiegen; unter 4,00 Zl. war der Zentner nicht zu haben, während man doch schon für 3,00 Zl. kaufen konnte. Auch das Angebot von anderen Vorratserzeugnissen ließ zu wünschen übrig. Die Mandel Eier kostete 2,80—2,90, das Pfund Butter sogar bis 3,00 Zl. Tomaten kosteten 0,25 bis 0,35 Zl. Reichlich gab es Pfirsiche, das Pfund zu 0,50—0,60. Ferner kosteten Äpfel 2,75, Beute 1,80, kleine Bratpfische 0,50, Gänse 10,00, Enten bis 5,50, Sühner 3,50—5,00, Hühner 0,15 bis 0,40, Birnen 0,30—0,60, Pfefferlinge 0,25 (Maß), Rotkohl 0,20—0,30, Weißkohl 0,10—0,20, Zwiebeln 0,25.

o „Eigener haben ein Kind gestohlen.“ Diese Nachricht wurde Sonnabend mittags hier verbreitet und rief große Erregung hervor. Eine große Menschenmenge umlagerte lange Zeit die Polizeiwache, wo mehrere braune Söhne und Töchter der Puka vernommen wurden. Wie schließlich bekannt wurde, hatten sie zwar kein Kind gestohlen, wohl aber in den Dörfern der Umgebung Sühner, Holz usw. Als unsere Polizei dann benachrichtigt und den Tatbestand feststellen wollte, kam es zu dramatischen Szenen. Die Männer leisteten Widerstand, die Frauen und Kinder schrien und weinten. So ging es zur Polizei, wo der Hauptanführer, der bei der Affäre eine kleine Schramme erhalten hatte, sich auf den Boden warf und tot stellte. Ein neues Kamerton setzte ein, als die Zigeuner die gestohlenen Sachen bezahlen wollten. Erst als der „Tote“ ins Krankenhaus gebracht werden sollte, bequemt sich die Gesellschaft zur Zahlung. Nach einem nochmaligen ernstlichen Verweis zog dann der ganze Troß, von vielen Schaulustigen begleitet, ab.

o Zehn Todesopfer hat die Typhusepidemie in unserer Stadt gefordert. Es befindet sich noch eine Anzahl an dieser Seuche Erkrankter im hiesigen Kreiskrankenhause, doch sind die meisten von ihnen auf dem Wege der Besserung und man hofft, sie alle durchzubringen. Dank der guten Pflege und der getroffenen Vorbeugungsmaßnahmen ist man zu der Annahme berechtigt, daß nun jede weitere Gefährdung beseitigt ist.

h Lantenburg (Widzbarsk), 24. September. Ausschreibung in der Synagoge. Am vergangenen Sonnabend kam es hier im jüdischen Bethaus zu Tumulten. Durch Respekt des pommerellischen Wojewoden waren nämlich zum vorläufigen Vorstand der jüdischen Gemeinde

Thorn.**Für 12 Zl. monatl.**

erteilt gründl. Alav. Unterricht, Neben gest. Adamski, S. Hennica 2, 2. Etg. 11013

Damenhüte

Belgarnituren werden schnell u. bill. angefertigt. Strumfowa 16, 1 Tr. 11903

Matjesheringe

empfiehlt 12142 E. Szyminski, Rozanna 1.

Sofa Bld. 1,80, Zuder Bld. 0,70, Reis Bld. 0,50, Sirup Bld. 0,60—0,70, Südzuder, 1a ausländischer Wein, Brennpfirsich, Vieh, Wein zu spotbill. Preisen empfiehl

Araczewski,

Toruń, 12143 Ede Chelminska, am Markt.

Lehrling

mit gut. Schulbildung, d. deutsch, u. poln. Spr. in Wort u. Schrift, wird sofort gesucht. Nur schriftl. Offert. mit beigefügter selbstgeschriebenen Lebenslauf und lehrtem Schulzeugn. an

Gornosiakie

Tow. Wegiowe T. z. o. p. 12145

Toruń. Kopernika 7.**Speisekartoffeln**

kauft franko Waggon Verladestation und bittet um äußerste Offerten mit Preis- und Mengenangabe 11766

„Tranzyt“ w Toruniu,

Inh.: Wiktor Klewe ul. Szewska 26. Telefon Nr. 242.

Kino „PAN“ Mickiewicz

Nr. 106 Ab Montag, den 26. September der größte UFA-Schlager:

„Varieté“

der größte Welterfolg der deutschen Filmindustrie. In den Hauptrollen: Lya de Putti und Emil Jannings. Montag, Dienstag, Mittwoch u. Donnerstag ab 5 Uhr:

Spezielle Fremdenvorstellungen.

Beginn 5, 7 und 9 Uhr.

Ab Freitag: Der größte Sensationsfilm d. Welt

Rinaldo Rinaldini mit Luciano Albertini.

Culm.**Feiertagshalber**

bleibt mein Geschäft am Dienstag, den 27. und Mittwoch, den 28. September

geschlossen.

A. Löwenberg, Chelmino.

Graudenz.**Pianinos**

nur erstl. deutsche Fabrikate, darunter noch Vortrags-Instrumente, hat stets in größter Auswahl 12077

W. Bienert, Pianofabrikant,

Chelmino (Pomorz) Gegr. 1891

Reparatur-Werkstätte u. Alaviersimmen.

Hotel Königlicher Hof.

Täglich 8 Uhr. 1164

Der vornehme Familienabend.

Leitung: Tanzmeister A. de René.

Kino Apollo Kino

Ein Riesenspektakel der deutschen Filmkunst erscheint Montag, den 26. auf unserer Leinwand. Der Schlager, der den Spielplan der führenden Lichtspielhäuser beherrscht, betitelt sich:

Blutende Herzen od. Künstlerliebe

Film-Singspiel von Karl Otto Krause, unter Mitwirkung des Opernsängers der „La Scala“ Herrn Martinelli und der Solistin des Opernhauses in Poznan Marja Leszczynska.

Ausführliche deutsche Beschreibungen mit genauer Textangabe an der Kasse.

Monte Carlo

Eine reizende Posse in 8 Akten.

Für dieses Programm ausnahmsweise folgende Preise: 1.—Zl. 1,50 Zl. 2.—Zl.

Bubipfischneiden.

Indulieren Rosswähe

Manifiren

10837 wird lauber ausgeführt bei A. Orlikowski,

Damen- und Herren-Friseur, Ogrodowa 3.

Zementformen

gebrauchte, gut erhaltene, in den Dimensionen 150, 200, 250, 400, 600 und 1000 mm φ i. S. werden zu kaufen gesucht u. erbiten billiges Angebot 12146

Benzie & Duday,

Grudziadz.

Singakademie

Graudenz.

Donnerstag, 29. Sept., 8 Uhr abends

Hauptversammlung

1. Rechenschaftsberichte

2. Wahl d. Vorstandes

3. Voranschlag für die Bereinstellung

4. Statutenrevision.

Der Vorsitzende.

18908 Rom bu ch.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten
einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 196.

Hans Richard Wiese
Charlotte Wiese geb. Rothe
Vermählte.

Rittergut Kl. Krauschen.

Bromberg.

Frida Dittbrenner
Paul Splittstöcker

grüßen als Verlobte.
Biele September 1927. Sitno.

Die glückliche Geburt eines Söhnchens
Werner — zeigen hoch erfreut an
Dise, den 24. September 1927

Pfarrer Droß
u. Frau Eva geb. Herrlich.

Am Donnerstag, den 22. September
1927 wurde uns ein

gesundes Mädchen
geboren.

Walther Schultrich
u. Frau Hilde geb. Fleischer.

Neuwedel, Kr. Arnswalde Am.

Nach Gottes unerforlichem Rat-
schluß entschlief plötzlich mein lieber,
unermüdet treuer, lieber Mann,
mein herzerguter Vater, lieber Sohn,
unser Bruder, Schwager und Onkel

Karl Tschirner

im 57. Lebensjahre.

In unsagbarem Schmerz

Auguste Tschirner

geb. Statmann

Kurt Tschirner.

Bydgoszcz, den 29. September 1927.

ul. Grodzka 28/9.

Tag der Beerdigung wird noch be-

kanntgegeben.

Von Beileidsbesuchen bitten wir

danke abzugeben.

12182

Am 25. d. Mts. starb plötzlich und

unerwartet an Herzschlag der frühere

Bürochef u. Hauptbuchhalter unserer

Gesellschaft

Herr

Karl Tschirner

im 57. Lebensjahre, nach 24 jähriger

ununterbrochener Tätigkeit bei uns.

In dem Verbleibenen verlieren

wir einen Angestellten von seltener

Gewissenhaftigkeit und Fleiß.

Ehre seinem Andenken!

Der Aufsichtsrat und Vorstand

des Lloyd Bydgoski Tow. Akt.

12181

Am 25. d. Mts. starb plötzlich und

unerwartet an Herzschlag der frühere

Bürochef u. Hauptbuchhalter

Herr

Karl Tschirner

im 57. Lebensjahre.

Wir verlieren in dem Verstorbenen

einen lieben und herzerguten

Kollegen und Freund, dessen An-

denken wir weit über das Grab hin-

aus bewahren werden.

Die Angehörigen

des Lloyd Bydgoski Tow. Akt.

12181

Zuckerkrankheit

Verlangen Sie kostenlose Druckschrift über

Diacetin, das flüssige, den Zucker-Aufbau

und Abbau regulierende Nahrungsmittel.

Dr. Malowan & Co., Danzig, Abtl. 24.

12173

Dienstag, den 27. und

Mittwoch, den 28. d. M.

bleibt mein Geschäft

geschlossen.

Abr. Friedlaender

Stary Rynek 18.

Zurückgekehrt

Dr. Mielcarzewicz,

Zahnarzt, 6420

Dworcowa 3 (Bahn-

hofstrasse). Tel. 998.

Erteile vom 1. Oktober

gründlich. Unterricht

in allen Handarbeiten.

Anmeldungen täglich

von 13 bis 16 Uhr.

11191

Matelstr. 16, 1. Trepp

Unterricht

in Buchführung

Maschinenrechnen

Stenographie

Jahresabschluss

durch

Bücher-Revisor

G. Borreau

Jagiellońska 14.

12165

Rechts-Berater

Dr. v. Behrens

Paß-, Hypotheken-,

Steuer- und Ge-

richts-Schwierig-

keiten. 11191

Von 9—2 Dworcowa 5

12174

Wäsche-

Anopflöcher

in Oberwäsche, Bettzeug

u. d. werden in jeder

Größe und Menge mit

Spezial-Anopflö-

maschine saub. u. billig

ausgeführt. Buch,

Stary Rynek 20, 11. r.

12183

Molten

billigt. Schweinefett.

gibt ab

Dwór Szważarski,

Bydgoszcz,

Jackowskiego 25/27.

Tel. 254.

12184

Heirat

Besitzer

eines Gutes v. 800 Mrg.

m. herrschaftl. Wohnh.

38 J. alt, wünscht die

Befanntschaft. ein. Dame

entsprech. Alt., welche

das Landleben liebt u.

im Besitze von mindst.

25000 Zloty ist, zwecks

Heirat.

Erste Offert. mit Bild

unter B. 12075 an die

Geschäftsst. d. d. Zeitg.

12185

Belomart

Für eine statt be-

schäftigte Metallwar-

fabrik mit großem

Kundentum wird zum

Zwecke des weiteren

Ausbaues ein tätiger

Teilhaber

mit groß. Bareinlage

gesucht. Ausführliche

Angab. erb. unter B.

5527 an d. Ann.-Expd.

Wallis, Torun. 11902

12186

Suche für pünktliche

Zins- 5—10 000 Zł

gegen hypothetische

Sicherheit. Offert. an

Grundst. Bydg., Enia-

derlich 33, C/o Dworc.

6428

12187

Wohnungen

Läden

zu miet. gesucht. 12049

Dwór Szważarski,

Jackowskiego 25/27.

Tel. 254.

12188

Möbl. Zimmer

Schön. Borderzim.

mit elektr. Licht ab

1. Oktob. zu vermieten.

6353 Gdańska 51, 1. Etz.

12189

Möbl. Zimmer

sch. Eing. v. 1. 10. 3. v. m.

Gdańska 49, 3. Etz. 12029

12190

Möbliertes Zimmer

18 Zl monatl. zu verm.

Garbary 10, 2. Tr. links

bei Groß. 6431

12191

2 elegant möbl. Zimmer

mit Telefon etc. per

lof. od. später zu verm.

Dworcowa 30, II. l.

6430

12192

12193

12194

12195

12196

12197

12198

12199

12200

12201

12202

12203

12204

12205

12206

12207

12208

12209

12210

12211

12212

12213

12214

12215

12216

12217

12218

12219

12220

12221

12222

12223

12224

12225

12226

12227

12228

12229

12230

12231

12232

12233

12234

12235

12236

12237

12238

12239

12240

12241

12242

12243

12244

12245

12246

12247

12248

12249

12250

12251

12252

12253

12254

12255

12256

12257

12258

12259

12260

12261

12262

12263

12264

12265

12266

12267

12268

12269

12270

12271

12272

12273

12274

12275

12276

12277

12278

12279

12280

12281

12282

12283

12284

12285

12286

12287

12288

12289

12290

12291

12292

12293

12294

12295

12296

12297

12298

12299

12300

12301

12302

12303

12304

12305

12306

12307

12308

12309

12310

12311

12312

12313

12314

12315

12316

12317

12318

12319

12320

12321